



25,25 Meter sind die Riesen-Laster lang. Zwei von ihnen fassen so viel Ware wie sonst drei normale Lkw. Während Hamburg und Niedersachsen die GigaLiner wollen, sperrt sich Bremen. FOTO: DPA

## Bremer Wirtschaft will die Riesen-Laster

Verkehrsexperten und Handelskammer fürchten Wettbewerbsnachteile, wenn GigaLiner in Niedersachsen fahren

In die Debatte um eine Beteiligung Bremens am Feldversuch für Riesen-Lasterwagen – sogenannte GigaLiner – kommt neue Bewegung. Nachdem das federführende Ressort für Umwelt, Bau und Verkehr von Senator Joachim Lohse (Grüne) mehrfach seine kategorische Ablehnung dazu kundgetan hatte, gibt es nun eine neue Einschätzung der Sachlage durch die Verkehrsexperten seiner Behörde.

VON GÜNTHER HÖRST

**Bremen.** Es könnte werden wie mit dem gallischen Dorf bei Asterix und Obelix, denn vor allem Niedersachsen und Hamburg gehören zu den Bundesländern, die an dem Feldversuch teilnehmen wollen. Also fürchten die Experten, die großen Lkw könnten an Bremen vorbeifahren – nicht nur nach Hamburg, sondern auch nach Brake, Nordenham und Wilhelmshaven. In einer Bewertung, die dieser Zeitung vorliegt, kommt das Referat 53 in Lohses Behörde zu dem Schluss, dass sich „das Bundesland Bremen als einer der Logistikstandorte im Norden Deutschlands einer wie auch immer ausgestalteten Ausnahme nicht widersetzen kann“.

Damit wächst der Druck auf Verkehrsminister Lohse, sich in dieser Sache klar zu po-

sitionieren. Zumal sich Kabinettskollege Martin Günthner (Wirtschaft, SPD) erneut für den Feldversuch ausgesprochen hat.

Lohses Verkehrsexperten haben aber auch Empfehlungen gemacht, welche Fahrstrecken in Bremen für den Feldversuch mit den bis zu 25,25 Meter langen Lastern freigegeben werden sollten – dies sind neben den Autobahnen 1 und 27 vor allem Zufahrten zum Neustädter Hafen und dem GVZ aus mehreren Richtungen sowie zum Containerterminal in Bremerhaven.

Diese Überlegungen wurden bereits seit August angestellt, wie aus einer Stellungnahme vom 26. August hervorgeht. Darin schreibt ein Sachbearbeiter, „für das Bundesland Bremen mit Schwerpunkten in der Transportlogistik und im Hafenumschlag könnte eine Verweigerung der Benennung von Fahrstrecken ganz erhebliche wirtschaftliche Nachteile zur Folge haben“. Dabei stelle sich die Frage, heißt es weiter, „ob Bremen dem Bundesministerium für Verkehr die oben genannten Fahrstrecken als Fahrstrecke benennen sollte“.

Heute will die SPD-Fraktion in der Bürgerschaft darüber beraten, zu welcher gemeinsamen Haltung sie in dieser Frage kommen will. Derzeit gibt es eine Gruppe, die den Feldversuch ablehnt, und eine, die ihn befürwortet. Die CDU hat bereits einen An-

trag eingebracht, in dem sie vom Senat fordert, sich zu den GigaLinern zu bekennen. Hintergrund ist der vom Bundesverkehrsministerium beschlossene Versuch mit bis zu 25,25 Meter langen Lkw auf deutschen Straßen, der im kommenden Frühjahr starten soll. Lang-Lkw sollen dazu beitragen, die Steigerung des Güterverkehrs auf der Straße besser bewältigen zu können. Zwei solche Brunnis ersetzen drei normale Laster, produzieren somit weniger Schadstoffe und reduzieren den Verkehr. Kritiker warnen vor unkalkulierbaren Sicherheitsrisiken und ungeeigneter Infrastruktur.

Sieben Bundesländer haben sich mit Bremen gegen den Versuch entschieden. Da Hamburg, Niedersachsen und auch Schleswig-Holstein aber mit von der Partie sind, sorgt sich die Bremer Wirtschaft um die Wettbewerbsfähigkeit. Zumal es eine Reihe von Bremer Unternehmen gibt, die an dem Versuch Interesse haben.

Welche das sind, hat die Handelskammer bereits im September abgefragt. Aus diesem Schreiben der Kammer vom 12. September an die Verkehrsbehörde geht hervor, dass Kühne+Nagel, Tchibo, Kieserling Logistik, Kellogg, Hellmann sowie die Spedition Dachsler Bedarf an Tests angemeldet haben. Zudem hätten auch mehrere Firmen aus Bremerhaven Interesse gezeigt.

Konkrete Anträge für eine Ausnahme genehmigung haben Kraft Foods und Tchibo gestellt.

Kammer-Syndikus Andreas Otto hat in einem Schreiben an Verkehrsstaatsrat Wolfgang Golasowski ebenfalls darauf hingewiesen, dass mit erheblichen Wettbewerbsnachteilen für den Hafen- und Logistikstandort Bremen/Bremerhaven zu rechnen sei, insbesondere, weil wichtige Wettbewerber im Umland optimal eingebunden seien. Otto warnte deshalb dringend davor, es durch die Ablehnung des Feldversuchs zu einer nicht akzeptablen Wettbewerbsverzerrung kommen zu lassen. Abgesehen davon sei mit einem erheblichen Imageschaden zu rechnen. Die Bremische Hafenvertretung sowie der Verband der Speditionen in Bremen richteten gleichlautende Appelle an den Senat.

Wirtschaftssenator Günthner stellt sich hinter diese Forderungen. „Ich teile die Auffassung, dass Bremen sich an einem solchen Versuch beteiligen sollte“, sagte er dieser Zeitung. Aber natürlich könne dies nur auf wenigen geeigneten Straßen und nach sorgfältiger Prüfung erfolgen. „Pauschale Genehmigungen sollte es nicht geben. Pauschale Ablehnung aber auch nicht. Dies wäre ein vernünftiger und sachgerechter Kompromiss“, sagte Günthner.